



DIE LINKE.
Fraktion im Rat der Stadt Herten

DIE LINKE. Ratsfraktion Herten · Kurt-Schumacher-Str.2 · 45699 Herten

An den Bürgermeister der Stadt Herten
Herrn Dr. Ulrich Paetzel
Kurt-Schumacher-Str. 2
45699 Herten

Martina Ruhardt
Fraktionsvorsitzende

Stefan Springer
Stellv. Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Rat der Stadt Herten
Kurt-Schumacher-Str. 2
45699 Herten

☎ 02366/30 - 3540

✉ ratsfraktion@dielinke-herten.de

🌐 www.dielinke-herten.de

05. November 2014

**Antrag nach § 14 GeschO des Rates und der Ausschüsse der Stadt Herten
hier: „Erhebung einer kommunalen Niedriglohnabgabe“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgenden Antrag in der nächsten Sitzung des Rates zu behandeln:

Antrag

Der Rat der Stadt Herten fordert die Verwaltung auf, ortsansässige Unternehmen, die so niedrige Löhne zahlen, dass die dort Beschäftigten trotz einer Vollzeitstelle weiterhin auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind, mit einer kommunalen Niedriglohnabgabe zu belegen.

Begründung

Immer mehr Menschen sind trotz ihrer Erwerbstätigkeit darauf angewiesen, ergänzende Sozialleistungen zu beantragen. Lt. Jahresbericht 2013 des Jobcenters gab es im Kreis Recklinghausen insgesamt 11.836 sog. "Ergänzer", also Personen, die trotz Erwerbstätigkeit (und Selbstständigkeit) ihren Lebensunterhalt nicht vollständig aus eigenen Mitteln sicherstellen konnten. Nicht wenige dieser Beschäftigten sind dabei sogar in Vollzeit berufstätig.

Werden Niedriglöhne aus Steuermitteln subventioniert, steigen auch die Soziallasten in unserer Kommune trotz einer zunehmenden Beschäftigung an, da sich zum Beispiel Leistungen für die Kosten der Unterkunft erhöhen.

Zudem kommt es mit der Subventionierung von Niedriglöhnen zu einer Wettbewerbsverzerrung auf dem Arbeitsmarkt, da Unternehmen, die ihre Beschäftigten auskömmlich bezahlen, benachteiligt werden.

Aus diesen Gründen fordert die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Herten die Einführung einer kommunalen Niedriglohnabgabe. Ziel ist es, dass Menschen für ihre Arbeit anständig bezahlt werden. Durch die kommunale Abgabe sollen Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich unattraktiv und öffentliche Kassen durch sinkende Soziallasten entlastet werden.

Mit freundlichen Grüßen

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Herten

Martina Ruhardt

Stefan Springer